

Tschernobyl

atomstopp
Gedenkveranstaltung
25.April

20 Jahre danach ...

Folgen von Tschernobyl

Landeskulturzentrum Ursulinenhof, Linz
Beginn: 19:30 Uhr



Tschernobyl: 26. April 1986.

Wo war ich damals?

Fragten sich viele, als sie vom SuperGAU im ukrainischen AKW hörten. Wo war ich, als die radioaktive Wolke über Österreich zog? Als der Regen kam und mit ihm die radioaktiven Teilchen? Caesium-137 erlangte spätestens im April 1986 bedenkliche Berühmtheit.

Haben Sie sich auch Sorgen gemacht? Sind Ihre Kinder am 1. Mai tropfnass nach Hause gekommen? Lachend? Nichts ahnend? Radioaktiv verstrahlt?

Der radioaktive Regen ging damals auch über Oberösterreich nieder. Die höchsten Strahlenbelastungen wurden im Salzkammergut gefunden. Nach Auskunft des Umweltbundesamtes wird erst 300 Jahren nach dem SuperGAU eine „normale“ Strahlenbelastung zu verzeichnen sein.

Also im Jahr 2.286. Das sind noch sechs Generationen. Wie viele Tschernobyls werden bis dahin noch passieren?

Die Folgen von Tschernobyl werden uns – und unsere Kinder – jedenfalls nicht loslassen. In 300 Jahren wird der Atomindustrie schon lange das Uran ausgegangen sein und die Nutzung der Atomenergie wohl als eine kurze Episode einer verfehlten Energiepolitik in die Geschichte eingehen. Man könnte drüber schmunzeln,

wenn es nicht die radioaktiven Abfälle gäbe, die noch Jahrtausende strahlen werden. Man könnte sich auf die Schenkel klopfen und über die Blödheit der Menschen zu Beginn des 21. Jahrhunderts lachen, wenn es nicht dieses Leid nach dem SuperGAU von Tschernobyl gäbe – Tod, Krankheit, Heimatlosigkeit, radioaktive Verseuchung.

Aber die Atomindustrie wird nicht müde: Uns zu erklären, dass ohne Atomenergie die Welt sowieso verloren ist. Das Weltklima stehe auf dem Spiel, aber der Retter sei nahe. Absurde Argumente für die Atomindustrie allerorts und die seit 2004 laufende Medienkampagne der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), tun ihr übriges.

20 Jahre Tschernobyl sind Anlass für viele Gedenkveranstaltungen. Auch in Linz. Als Gemeinschaftsveranstaltung von atomstopp_oberoesterreich.

Dieses atomstopp bringt Ihnen das Programm der Veranstaltung näher (siehe umseitig).

Wir freuen uns auf Ihre zahlreiche Teilnahme.

Roland Egger
Obmann



europa hält noch immer den atem an folgen von tschernobyl

2003 hat die EU-Kommission eine Empfehlung herausgegeben, dass die Mitgliedstaaten ihre Bevölkerung über noch anhaltende Folgen nach der Tschernobyl-Katastrophe informieren sollen. Weit hergeholt? Immerhin waren damals schon 17 Jahre seit dem SuperGAU vergangen.

Schweden und Norwegen kämpfen noch heute mit den Folgen der Katastrophe. Umgerechnet 1 Million Euro wird in Norwegen jährlich für Caesium-bindendes Kraftfutter aufgewendet, um die Viehwirtschaft aufrecht erhalten zu können. Dass Norwegen selber keine Atomkraftwerke betreibt, sei nur am Rande erwähnt.

Radioaktiv belastet sind in Norwegen, Finnland und Schweden immer noch Rentier- und Wildfleisch, zahlreiche Pilzsorten und Süßwasserfische.

In Großbritannien müssen Schafe vor der Schlachtung auch heute noch auf weniger radioaktiv belastete Flächen gebracht werden.

Grenzwerte – Risiko inklusive!

Als Höchstwert für die Caesium-Belastung in der EU gelten 600 Becquerel (Bq) pro Kilogramm oder Liter Nahrungsmittel. Für Milch und Säuglingsnahrung liegt die Grenze bei 370 Bq. Österreich hatte zum Zeitpunkt des SuperGAUs wesentlich niedrigere Grenzwerte; nämlich 185 Bq für Lebensmittel und 10 für Säuglingsnahrung – also 37x niedriger!

Erhöhte Krebsraten in Schweden, Griechenland, Bayern ...

Eine 2004 veröffentlichte Studie geht von 800 Krebsfällen in Schweden aus, die den Auswirkungen des SuperGAUs von Tschernobyl zugerechnet werden müssen. Erhöhte Leukämie Raten bei Kindern, die in

Griechenland zwischen dem 1. Juli 1986 und 31. Dezember 1986 geboren wurden, sind in einer Studie belegt. Fälle von Schilddrüsenkrebs sind in Tschechien seit 40 Jahren ansteigend – nach Tschernobyl allerdings sprunghaft ansteigend. Aus Bayern liegen ebenfalls Studien vor, wie auch aus Kroatien, der Türkei, Ungarn, Finnland, Bulgarien, Norwegen, Polen, Schottland, Italien (vgl.: Inge Schmitz-Feuerhake: Einschätzung der Strahlenschäden durch ICRP (Internationale Strahlenschutzkommission); in: Zeit-Fragen Sonderausgabe: 2006/1, S. 8-10).

1998 hat das Ökologie Institut Wien im Auftrag einer Bürgerinitiative versucht, einen ersten Überblick über die gesundheitliche Belastung und Folgen der Bevölkerung nach dem SuperGAU von Tschernobyl zu geben (vgl. Gabriele Mraz, Doris Hütner und Antonia Wenisch: Tschernobylfolgen in Österreich – Bericht über die Datenlage, im Auftrag der „Frauen für eine atomkraftfreie Zukunft“, Wien, 1998). Der mögliche Zusammenhang zwischen Säuglingssterblichkeit, spezifischen Erkrankungen und radioaktiver Strahlenbelastung wurde näher betrachtet. Dieser als Anstoß für die Politik zu verstehende erste Schritt von engagierten und besorgten Menschen wurde bedauerlicherweise für Gesamtösterreich nicht weiter verfolgt.

Und in Oberösterreich?

Umso erfreulicher ist, dass Landesrat Anschöber im April 2005 eine Studie in Auftrag gegeben hat, um die Folgen der Strahlenbelastung in einer sehr stark betroffenen Region in OÖ (Salzkammergut) näher zu beleuchten.

und österreich?

Untersuchungen der Caesium-Belastung bei Pilzen, die der Verein „Sonne+Freiheit“ im Herbst 2005 beim Umweltinstitut München (siehe Zitat) in Auftrag gab und veröffentlichte, waren wie ein Paukenschlag und rückten die Problematik der Caesium-Belastung bei Pilzen neuerlich in den Mittelpunkt der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit.

Vortragsankündigung:

Franz-Josef Maringer (Universität für Bodenkultur, Wien):
Ergebnisse der Studie „Gesundheitliche Auswirkungen der Tschernobyl Katastrophe in Oberösterreich“

Vortragsankündigung:

Christine Wurm (Obfrau des Vereins Sonne+Freiheit): Radioaktive Belastung von Waldprodukten und die Rolle der zuständigen Behörden (Pilze haben ein langes Gedächtnis – eklatant hohe Caesium-Belastung bei Mühlviertler Maronenröhrlingen)

Vortragsankündigung:

Dr. Hanns Moshammer (Universität Wien - ÄrztInnen und Ärzte für eine gesunde Umwelt): Vorsorgemedizinische Bedeutung der Strahlenbelastung

Politiker haben ein kürzeres Gedächtnis

*als Pilze**

1986 - 2006
20 Jahre
Tschernobyl

BUND
Bundesverband Schweizer Landwirte

* noch heute sind Waldpilze stark radioaktiv belastet; Werte von über 2000 Bq/kg sind kein Einzelfall

Zitat:

„Dann werden eben so viele Messungen durchgeführt, bis der Mittelwert stimmt und der Öffentlichkeit ein unbedenkliches Testergebnis präsentiert werden kann!“

Christina Hacker, Umweltinstitut München zur gängigen Untersuchungspraxis einiger Auftragnehmer.

Videozuspielung:

Edmund Lengfelder (Otto-Hug Strahleninstitut, München): Folgen von Tschernobyl in Weißrussland

privilegierte atomindustrie -

auf kosten nicht geborener
generationen.

Privileg 1: Atomforschung wird stärker gefördert als Erneuerbare!

771 Millionen Euro werden mit dem siebten Rahmenforschungsprogramm jährlich in die Atomforschung fließen – aber nur 214 Millionen in die Erforschung von Erneuerbaren Energien, also dreieinhalbmal weniger!

Privileg 2: Förderung der Atomindustrie im Vorschlag zur EU-Verfassung anerkannt!

Als Anhang wurde der aus den 50er-Jahren des vorigen Jahrhunderts stammende EURATOM-Vertrag einfach unverändert an die EU-Verfassung angehängt. Die dringende Aufforderung – auch des Europäischen

Parlaments vom Juli 2001 – endlich eine Reform des EURATOM-Vertrags zu veranlassen, scheiterte bislang.

Privileg 3: Atomenergie ist Sache des EU-Rates!

Die Mitgliedstaaten selber entscheiden, wenn es um die Atomenergie geht – wie etwa um die Aufstockung des EURATOM-Kreditrahmens um 2 Milliarden Euro. Das Europäische Parlament darf zuschauen und gegebenenfalls seine Meinung abgeben. Zu wichtig ist die Atomenergie allerdings den Staats- und Regierungschefs als dass das „einfache Fußvolk“ im Europäischen Parlament etwas mit zu entscheiden hätte.

Privileg 4: Artikel I-47 der EU-Verfassung: Kein Bürgerbegehren gegen Atomindustrie möglich!

Als große Errungenschaft der Europäischen Verfassung wurde von den österreichischen PolitikerInnen immer wieder der Artikel I-47 angeführt. Ein Mehr an direkter Demokratie und Mitbestimmung wurde versprochen: BürgerInnen könnten mit einer Petition an die EU-Kommission herantreten und einfordern, dass mittels Gesetzen und Ver-



Vortragsankündigung:

Radko Pavlovec, Beauftragter des Landes OÖ für grenznahe Atoanlagen:
Droht der Klimaschutz zu einem Förderungsinstrument für die Atomenergie zu verkommen?

ordnungen die EU-Verfassung umgesetzt wird. Die Mitbestimmung und direkte Demokratie hört aber dort auf, wo der EURATOM-Vertrag ins Spiel kommt. Die Anwendung der Verfassung gilt zwar prinzipiell auch für den EURATOM-Vertrag – aber der Artikel I-47 ist davon explizit ausgenommen!

Privileg 5: Atomindustrie muss keine Fristen für die Entsorgung der hochradioaktiven Abfälle fürchten!

Seit 50 Jahren produzieren die Atomkraftwerke hochradioaktiven Abfall – eine Lösung für die Endlagerung ist bis dato nicht in Sicht. Dem Vorschlag der EU-Kommission dass bis 2018 nationale Endlagerstätten in Betrieb sein müssen, sehen sich die Atomstaaten außerstande, nachzukommen. Deutschland – immerhin schon seit Jahrzehnten auf der Suche nach einem Endlager – glaubt, frühestens 2030 seine hochradioaktiven Abfälle sicher verwahren zu können.

Welchem anderen Industriezweig werden solche Privilegien eingeräumt?

Privileg 6: Atomindustrie ist absolut sicher – deshalb kann man sich auch gegen Schäden nicht versichern lassen!

Das betrifft Sie auch ganz persönlich und unmittelbar: Falls Sie eine Weltreise-Krankenschutz-Versicherung haben, schauen Sie sich an, was von der Versicherung „vorsorglich“ ausgeschlossen wird: Heilbehandlungen von Krankheiten und Unfallfolgen, die infolge schädigender Wirkung von Kernenergie entstehen, fallen nicht unter den Versicherungsschutz!

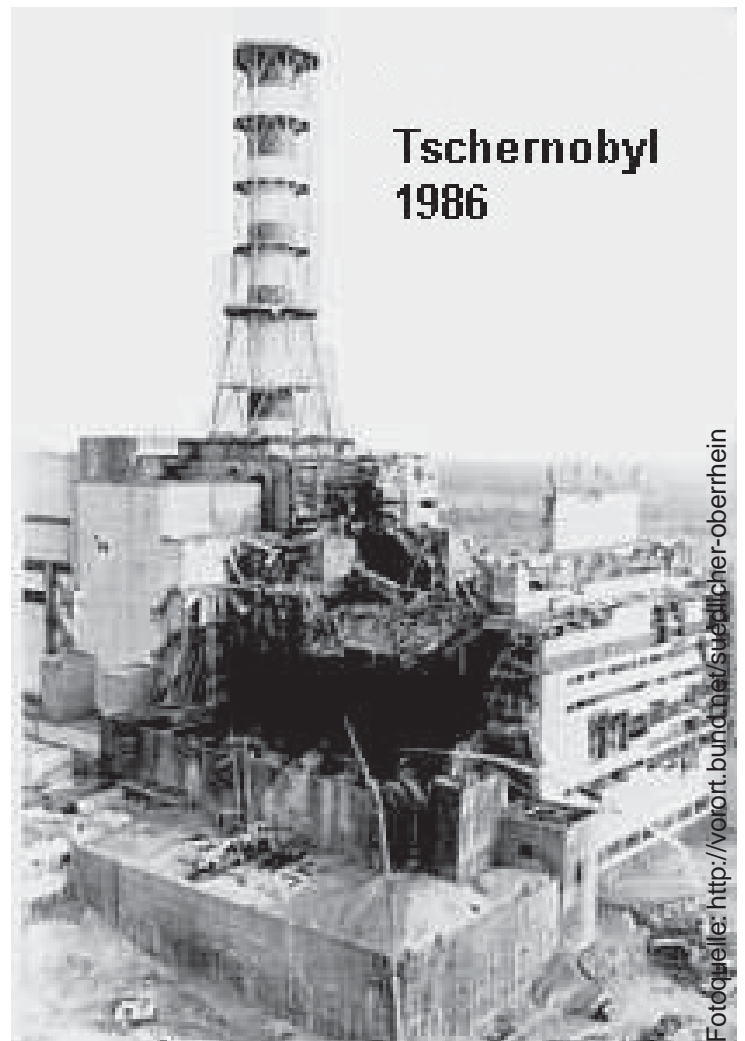
Privileg 7: Schäden durch die Atomindustrie werden mit Weltgesundheitsorganisation (WHO) akkordiert.

Ein Vertrag aus dem Jahr 1959 regelt, dass die Weltgesundheitsorganisation sich zu Schäden – verursacht durch die Atomindustrie – erst nach in-

ternen Beratungen mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA mit Sitz in Wien) äußern darf. Kein Wunder, dass sich die WHO den Vorwurf gefallen lassen muss, Handlanger der Atomindustrie zu sein!

Paradoxes Privileg 8: CO₂-Emissionshandel ist für die Atomkonzerne ein gefundenes Fressen!

War es beabsichtigt, die Atomindustrie durch den CO₂-Emissionshandel zu bevorzugen? In den Regelungen zum Kyoto-Protokoll ist die Atomindustrie zwar dezidiert ausgenommen, d.h., Investitionen in die Atomindustrie werden in keinem Fall als CO₂-einsparende Maßnahme akzeptiert. Dennoch gelingt es den Atomkonzernen, Vorteile aus dem Handel mit Emissionszertifikaten zu lukrieren (siehe Vortragsankündigung: Radko Pavlovec)!



hilfe für tschernobyl- opfer



Fotos: Anatol Kijashtchuk

Anya, Katya und Marina 1995 *Die krebserkrankten Mädchen nach der Chemotherapie*

Nicht die Ukraine sondern Weissrussland – also der Nachbarstaat – ist von den Auswirkungen des SuperGAUs von Tschernobyl hauptsächlich betroffen. Auch 20 Jahre nach der Katastrophe. 70% des radioaktiven Niederschlags ging über Weissrussland nieder. Mehr als ein Zehntel der Bevölkerung in Weissrussland lebt in radioaktiv verstrahlten Gebieten. 20% der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist noch immer verstrahlt.

Politik des Verdrängens, Verschweigens, Vergessens – alles nur eingebildet?

Erschütternd, wie namhafte Organisationen – WHO (Weltgesundheitsorganisation), Internationale Atomenergiebehörde (IAEA), UNDP (Behörde für der Vereinten Nationen für Entwicklungsprogramme), FAO (UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft), UNEP (UN-Behörde für Umwelt), UN-OCHA (UN-Büro zur Koordination von humanitären Angelegenheiten), UNSCEAR (Wissenschaftliches Komitee der Vereinten Nationen zu den Auswirkungen der radioaktiven Strahlung) die Folgen von Tschernobyl verdrängen, verschweigen, verdrehen, vergessen machen wollen.

Die letzte Studie zu den Tschernobyl-Folgen, die im September 2005 in Wien veröffentlicht wurde, hat einiges Aufsehen erregt: Die Opferzahlen sind ein Schlag ins Gesicht: 4.000 Tote seien möglicherweise irgendwann einmal als Folge des SuperGAUS zu beklagen, mehr nicht. Veteranenverbände sprechen von ganz anderen Zahlen: von den 19.000 Helfern allein aus der Region Charkow, die unmittelbar bei den Hilfsaktionen rund um den explodierten Reaktor beteiligt waren, sind noch 4.000 am Leben (APA-Meldung am 2. Feber 2006). Insgesamt waren mehr als 200.000 Menschen an den Aufräumarbeiten beteiligt.

Weiterer Kernpunkt der Studie: Es ist eigentlich alles nur eingebildet. Wenn die Menschen in den verstrahlten Gebieten gesünder leben würden, wären sie auch gesünder. Die Strahlenbelastung ist kein Problem, sondern die Angst davor. Die hohen Raten an Schilddrüsenkrebs sind nicht leugbar, jedoch ist dieser Krebs gut heilbar – mit den richtigen Medikamenten. Die ein Leben lang eingenommen werden müssen.

Viele ausländische Organisationen haben sich vor Ort ein Bild gemacht – unabhängig von offiziellen Statements der Weltgesundheitsorganisation und das Bild ist erschütternd (siehe Filmtipp).

Caritas Auslandshilfe

Auch Dank österreichischer Unterstützer wird geholfen, wo die Hilfe am dringendsten gebraucht wird. Die Caritas Auslandshilfe ist seit mehreren Jahren in der Region aktiv und hilft auch Kindern, die lange nach der Katastrophe von Tschernobyl geboren wurden, und trotzdem immer noch unter den Folgen von Tschernobyl zu leiden haben.

Vortragsankündigung:

Christoph Mülleder, Leiter der Caritas Auslandshilfe Oberösterreich:
Weißrussland - wie die Caritas hilft.

Filmtipp:

Titel: Weißrussland Land im Abseits – ein Film der Caritas Auslandshilfe (27 Minuten – Entlehnung über den Medienverleih der Diözese Linz möglich. Die Caritas stellt auch gerne weitere Materialien zur Verfügung und steht auch für die Gestaltung von Schulstunden oder für Diskussionen zur Verfügung.

Hinweis:

Die Gedenkveranstaltung „20 Jahre nach Tschernobyl“ ist frei zugänglich. Freiwillige Spenden werden gerne angenommen und direkt an die Caritas Auslandshilfe weitergegeben.

Mit Ihrer Spende helfen auch Sie!

MOVIMENTO
Darnitzstr. 30 0732 78 40 90

Lokalbühne Freistadt
Tel.: 07942/ 777 33

Movimento Linz Lokalbühne Freistadt

Anlässlich des 20. Tschernobylgedenktes werden im Movimento in Linz und in der Lokalbühne Freistadt folgende Filme gezeigt:

1. Rspad Eintritt frei!

(Michail Belikow, 1990)

Lokalbühne Freistadt: 20.4.: 21:00 Uhr

Movimento: 21.4.: 21:00 Uhr

2. Alexej und der Brunnen

(Motohashi Seiichi, 2002)

Lokalbühne Freistadt: 6.4.: 20:00 Uhr

Movimento: 7.4.: 19:00 Uhr

3. Pripjat

(Nikolaus Geyrhalter, 1999)

Lokalbühne Freistadt: 13.4.: 20:00 Uhr

Movimento: 14.4.: 19:00 Uhr

4. The Atomic Cafe Eintritt frei!

(Kevin Rafferty, Jayne Loader, Pierce Rafferty, 1982)

Lokalbühne Freistadt: 20.4.: 19:00 Uhr

Movimento: 21.4.: 19:00 Uhr

Aufführungstermine:

Bitte beachten Sie gegebenenfalls auch die aktuellen Ankündigungen.

absurde argumente im dienste einer ab- surden industrie

Die Morgenluft, die die Atomindustrie zur Zeit wittert, ist sehr muffig und abgestanden.

Manche Politiker (die drei „B“s: Bush, Blair und Berlusconi aber auch Paroubek (tschechischer Premierminister) und deutsche Lokal- und Regionalpolitiker der Christlich-Sozialen-Demokratischen Union (CSU/CDU) trommeln für die Atomindustrie und für die Klimarettung mit der Atomindustrie – ganz im Sinne der Charmoffensive der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), die auf ihrer Homepage ankündigen, ab 2004 eine Medienkampagne für die Atomindustrie starten zu wollen.

Atomenergie macht Europa unabhängig

Der russisch-ukrainische Streit um die Erdgaslieferungen war wie Wasser auf die Mühlen (oder radioaktiver Dampf auf die Turbinen sämtlicher Siedewasserreaktoren) einer atomaren Welt: Unabhängigkeit vom Ausland – Energieautarkie der Mitgliedsländer der EU – wurde ins Treffen geführt. Dass aber die Brennstäbe für die Atomkraftwerke auch aus dem Ausland bezogen werden, wird gerne verschwiegen: Russland liefert die Brennstäbe für Temelin.

Uran ist vorhanden – ohne Ende (oder zumindest bis 2205)

Die Abhängigkeit von Öl und Gas durch die Abhängigkeit von Uran ersetzen zu wollen, kann wohl nicht

als vernünftige Zukunftsperspektive angesehen werden. Auch Uran ist nur eine endliche und begrenzte Ressource. Die Schätzungen divergieren: optimistisch gehen die Befürworter der Atomenergie davon aus, dass Uran noch 200 Jahre vorhanden sein wird. Andere Stimmen gehen nur von einem Viertel dieses Zeithorizonts aus und prognostizieren ein Ende der Uranreserven in 50 Jahren. Der Frage: „Was dann?“ wird man also nicht auskommen.

Atomenergie ist konkurrenzfähig und billig

Trotzdem (!) verschlingt die Atomforschung schon jetzt Millionen-Euro. Im 7. Rahmenforschungsprogramm sind für die Erforschung von Erneuerbaren Energien dreieinhalbmal weniger (!!)) Mittel vorgesehen, wie im EURATOM-Forschungsprogramm für die Atomforschung. Jährlich soll die Atomforschung in der Europäischen Union mit 771 Millionen Euro vorangetrieben werden! Dass der Britische Atomstromkonzern BE (British Energy) 2002 knapp vor der Pleite stand und nur Dank einer Milliardenfinanzspritze „überlebte“, ist symptomatisch für eine marode und absterbende Branche. Dass der allerorts zu verzeichnende Preisanstieg bei Strom nur durch die Erneuerbaren Energien abgefangen wurde, wird geflissentlich totgeschwiegen. Strom aus Wind, Wasser, Sonne und Biomasse sind nämlich im Gegensatz zu den „anderen“ Energiequellen nicht teurer geworden.

Atomenergie ist DIE Rettung für das Weltklima

Trotzdem (!) wurden Investitionen in die Atomenergie nicht als klimaschonende und CO₂-mindernde Maßnahme anerkannt. Sämtliche Investitionen in die Atomenergie sind vom gesamten CO₂-Emissionshandel ausgenommen: Investiert ein Land in ein Biomassekraftwerk im Ausland werden die CO₂-Einsparungen dem eigenen Land „gutgeschrieben“. Investiert hingegen ein Land in ein Atomkraftwerk, hat das keinerlei Auswirkungen auf den CO₂-Handel.

Außerdem ist es schon seit den 80er-Jahren kein Geheimnis mehr: Jede Investition in die Energie-Effizienz hat einen siebenmal größeren Effekt auf das Weltklima als die gleiche Investition in die Atomenergie.

Wenn den drei „B“s, das Weltklima wirklich am Herzen liegen würde, ...

Leider muss man aber eher davon ausgehen, dass sie allesamt dem Lobbying der Atomindustrie zum Opfer gefallen sind.

Vortragsankündigung:

Helga Kromp-Kolb: Warum die Atomenergie das Klima nicht retten kann.

Buchtipps:

Helga Kromp-Kolb/Herbert Formayer: Schwarzbuch Klimawandel: Wie viel Zeit bleibt uns noch? Ecowin Verlag, Salzburg, 222 Seiten, 2005, ISBN: 3-902404-14-0.

schöpfungs- verantwortung nuclear und grüner strom die kirchen und die energiefrage

Das Gedenken an die Katastrophe von Tschernobyl mahnt auch die Kirchen, ihre Position zur Energiefrage deutlicher zu formulieren und lauter zu verkünden. Tschernobyl sei das „Symbol für die Gefahren, die mit der Nutzung der Atomenergie verbunden sind“, so sagte es Papst Johannes Paul II. am 15. Jahrestag. Wir können nach Tschernobyl mit der Atomkraft nicht mehr so umgehen wie vorher. Ein auch nur annähernd so großes Unglück darf nie wieder passieren. Konkret heißt das u.a.:

1) Dort, wo weiterhin Kernkraftwerke betrieben werden, gilt es die höchsten nur denkbaren Sicherheitsstandards zu garantieren. Selbst mitten in der

EU sind davon zahlreiche Kraftwerke weit entfernt, und nicht selten liegen sie vor unserer Haustür. Es wird viel über die Regulierungswut der EU und ihrer Behörden geklagt. Aber hier, wo es um fundamentale Güter wie die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger geht, regelt sie eher zu wenig als zu viel!

2) Atomarer Müll strahlt noch in ferner Zukunft. Daher gilt es dringend, die Frage der Endlagerung zu klären, die in den meisten Ländern nach wie vor ungelöst ist. Wir vererben unseren Kindern und Enkeln Risiken, die wir selber nie freiwillig akzeptieren würden.

3) Mit dem Erbe der Atomkraft werden wir noch Tausende von Jahren leben müssen. Nutzen können wir sie nach Berechnungen des World Energy Council von 1999 nur noch wenige Jahrzehnte, dann sind die weltweiten Uranvorräte verbraucht. Atomstrom ist nicht nachhaltig. Deshalb bleibt auf mittlere Sicht die wichtigste Aufgabe, den Ausstieg aus der zivilen Nutzung der Atomenergie zu verwirklichen.

Doch wer gedankenlos und verschwenderisch Strom verbraucht, darf sich über Atomkraftwerke nicht beschweren. Wir alle sind gefordert, durch einen bescheideneren Lebensstil und bewusste Nutzung des Stroms unseren Beitrag zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung zu leisten. Der beste Beitrag zur Energiefrage sind jene Leistungen, die nicht gebraucht werden („Negawatt“). Der zweitbeste ist der Bezug umweltfreundlich produzierten Stroms dort, wo wir ihn wirklich brauchen.

Die europäischen Kirchen haben diese Position seit Tschernobyl wiederholt formuliert – etwa im sog. „Kreta-Papier“ von 1995 oder im Sozialwort der österreichischen Kirchen von 2003. Das Prinzip der Nachhaltigkeit gilt heute als eines der fünf Grundprinzipien christlicher Ethik. Es konkretisiert, was ChristInnen eigentlich schon immer glaubten und hofften: Dass Gott ein Gott des Lebens ist, der all seinen Geschöpfen eine lebenswerte Zukunft schenken möchte. Und dass er den Menschen einlädt, das Lebenshaus der Schöpfung mitzugestalten zu einem prächtig blühenden Garten.

Michael Rosenberger

*Umweltsprecher der Diözese Linz
Institut für Moraltheologie*

In der Diözese Linz wird aber nicht nur geredet, sondern auch gehandelt: Kirchenneubauten und Gebäudesanierungen orientieren sich am Kriterium größtmöglicher Energieersparnis, und den Pfarren wird die Nutzung von Ökostrom nahegelegt. Punktuell gehören kirchliche Einrichtungen sogar selbst zu den Produzenten umweltverträglichen Stroms.

Die Umweltarbeit der Diözese Linz

Die Umweltarbeit der Diözese Linz bemüht sich, durch Projekte und Regelungen die Schöpfungsverantwortung strukturell zu verankern und zu umweltverträglichen Maßnahmen zu motivieren.

1996 hat sich die Diözese Linz ein **Umweltleitbild** gegeben. Die Diözese will:

- ∅ die globalen Bedrohungen der Schöpfung und ihre Ursachen bewusst machen,
- ∅ die strukturelle Dimension der Problematik durchschaubar machen,
- ∅ die Menschen in der Hoffnung stärken und ermutigen, an den Problemlösungen aktiv mitzuwirken
- ∅ und zu persönlicher Verhaltensänderung motivieren.

Ein wichtiges Signal ist die **Mitgliedschaft bei Klimabündnis und Klimaretung** seit Oktober 2005. Die Diözese Linz verpflichtet sich darin unter anderem dazu,

- ∅ umweltfreundliche Mobilität und Energie zu unterstützen (z.B. Energiesparmaßnahmen, erneuerbare Energieträger wie Solarenergie – „Strom vom Himmel“, Bezug von Ökostrom).
- ∅ aus dem Kreis der kirchlichen Hauptamtlichen kirchliche UmweltberaterInnen zu gewinnen, sie für die Schulung freizustellen und finanziell zu unterstützen, um anschließend ihre neu gewonnene Kompetenz in die kirchliche Arbeit einfließen zu lassen.
- ∅ Öffentlichkeitsarbeit für den Klimaschutz zu leisten

Das Bemühen um gelebte Schöpfungsverantwortung zeigt sich vor allem auch in den **Umweltaktivitäten der Pfarren**. Dass hier beachtliches Engagement zu finden ist, ergab eine Umfrage im Vorjahr; die Präsentation findet sich auf der Umwelthomepage der Diözese Linz. Gleichzeitig gibt es aber auch noch großes Potenzial, beispielsweise beim Umstieg der Pfarren auf Ökostrom, weshalb der diözesanen Ökostromvereinbarung eine besondere Bedeutung zukommt.

Ein wichtiges Instrument der diözesanen Umweltarbeit ist die Homepage: **www.dioezese-linz.at/oekologie**. Die hier zur Verfügung gestellten Informationen, Behelfe, Fachartikel, Gottesdienstmodelle und Predigthilfen zu Schöpfungsthemen unterstützen die Umweltarbeit speziell in den Pfarren und kirchlichen Einrichtungen.

Koller Edeltraud

Institut für Moraltheologie

25. April 2006

Ökumenischer Gottesdienst Martin-Luther-Kirche, Linz um 18:30 Uhr

anschließend

gedenkveranstaltung

landeskulturzentrum ursulinenhof
ab 19:30 Uhr
programm

Grußworte von Landeshauptmann Josef Pühringer, Bürgermeister Franz Dobusch, Landesrat Rudi Anschober

impulsreferate von:

Edmund Lengfelder: **Folgen von Tschernobyl in Weißrussland
(Videozuspielung)**

Christoph Müllleder: **Weißrussland - wie die Caritas hilft.**

Franz-Josef Maringer: **Ergebnisse der Studie „Gesundheitliche
Auswirkungen der Tschernobyl Katastrophe in Oberösterreich“**

Christine Wurm: **Radioaktive Belastung von Waldprodukten und die
Rolle der zuständigen Behörden**

Hanns Moshhammer: **Vorsorgemedizinische Bedeutung der Strahlenbelastung**

Helga Kromp-Kolb: **Warum die Atomenergie das Klima nicht retten kann.**

Radko Pavlovec: **Droht der Klimaschutz zu einem
Förderungsinstrument für die Atomenergie zu verkommen?**

anschließend Podiumsdiskussion

Ehrenschutz: Landeshauptmann Josef Pühringer, Bürgermeister Franz Dobusch
Empfang des Landes Oberösterreich und der Stadt Linz

OÖNachrichten
www.nachrichten.at

anschließend

Fackelzug



Eintritt frei!

Freiwillige Spenden
zugunsten der Caritas Auslandshilfe

Für Informationen: www.atomkraftfrei-leben.at/ [post@atomstopp.at/](mailto:post@atomstopp.at) Telefon: 0732-774275